

## Die teuren Arzneimittel.

Äußerungen des Oberdirektors des Apothekervereins.

Vor kurzem wurde berichtet, daß die Apotheker bei der Regierung Schritte unternommen haben, um die Bewilligung für einen zehnprozentigen Kriegszuschlag zum Rechnungsbetrag der Rezepte zu erhalten und auch eine Preiserhöhung der „Spezialitäten“ ins Auge gefaßt haben.

Der Oberdirektor des Allgemeinen österreichischen Apothekervereins Dr. Franz Stohr teilt uns über die Ursachen der geplanten Preiserhöhung und zur Angelegenheit der Zuschlagsforderung folgendes mit:

„Da die Apotheker, beziehungsweise die Großdrogisten Österreichs, von der chemischen Industrie Deutschlands abhängig sind, so hat sich vor allem durch die Differenz der Geldwährung, die heute bereits bei 15 Prozent beträgt, für die Großdrogisten die Notwendigkeit ergeben, die Preise der Präparate zu erhöhen. Das deutsche Ausfuhrverbot hat jedoch auch im allgemeinen die Beschaffung der Präparate sehr schwierig gemacht, wodurch die Herstellungskosten stark erhöht erscheinen.

Für die marken- und patentgeschützten und auch alle anderen Präparate haben die Großdrogisten heute eine Preiserhöhung von 10 Prozent eintreten lassen. Außerdem sind die Rohmaterialien um fast das Vierfache im Preise gestiegen. Die Leuerung in Schweinesett, das zur Herstellung der fetten Präparate gebraucht wird, hat selbstredend auch diese verteuert. Niginsöl ist heute um das Sechsbis Siebenfache im Preise gestiegen, Baseline um das Zweieinhalbfache. Auch Kampfer ist um das Fünffache teurer geworden.

Die Schwierigkeit der Beschaffung der Blech- und Metallballagen, die, wenn sie zu haben sind, um 65 bis 100 Prozent teurer berechnet werden, und der Zuschlag von 20 Prozent, den die Glasfabriken ihren Erzeugnissen auflegen, ebenso die Preissteigerung der Kartonagen lassen auch die Verpackung weit kostspieliger werden. Die Apotheker sind daher in eine Zwangslage versetzt; sie müssen die teureren Präparate beziehen, haben die hohen Regien und sollen die normalen Preise halten.

Was die Arzneitaxe betrifft, so bleibt diese deshalb stabil, weil sie nur am 1. Januar ausbezahlt und nach dem Stande von Mitte Dezember berechnet wird. Zu dieser Zeit hatten aber die Preiserhöhungen für Medikamente noch nicht diesen Umfang angenommen wie jetzt. Da sich die Lage in Hinsicht auf die jetzigen Verhältnisse somit als zu gering erweist, haben die Apotheker an einen Zuschlag auf den Gesamtbetrag des Rezepts gedacht. Verhandlungen mit der Regierung sind diesbezüglich jedoch noch nicht geschlossen worden.

Der Wunsch nach einem „Kriegszuschlag“ ging vor allem von den Apothekern in der Provinz aus, die sich vielfach in einer schlechtesten Lage befinden und so weit gekommen sind, daß manche vor dem Zusammenbruch stehen. Die Ursachen dieser traurigen Verhältnisse liegen in der Tatsache, daß die Krankenkassen, weil die meisten ihrer Mitglieder im Felde stehen, einerseits weniger Bedarf an Medikamenten haben, andererseits aber derart draconische Verhaltensmaßregeln in Hinsicht auf die äußerste Sparsamkeit in der Medikamentenverordnung an ihre Ärzte erlassen haben, daß der Konsum auf ein Minimum beschränkt erscheint. Die Apotheker in der Provinz haben nun hauptsächlich Krankenkassentunden und nur sehr wenig Privatstunden, so daß sie gegenwärtig fast ohne Verdienst arbeiten. Den aus der Provinz zahlreich einlangenden Zuschriften Rechnung tragend, haben die Apothekerorganisationen untereinander die Frage einer Preiserhöhung besprochen.

Die Spezialitäten dagegen, die der Arzneitaxe nicht unterliegen, sind im Preise um ungefähr fünfzig Prozent erhöht. Zu diesen Spezialitäten gehören die Einreibungsmedikamente gegen Gicht usw., die kosmetischen Präparate und die verschiedenartigen Abführmittel, durchweg Medikamente, die nicht unbedingt gekauft werden müssen oder durch billigere Präparate, die der Apotheker selbst erzeugt, ersetzt werden können.

Die Apothekerorganisationen haben jedoch kürzlich auch eine Aktion gegen die auf Schleichwegen aus dem feindlichen Ausland kommenden Spezialitäten eingeleitet. Die Organisationen sind an das Handelsministerium und an das Ministerium des Innern herangetreten, um ein Ein- und Ausfuhrverbot für die Spezialitäten zu erwirken. Die Apotheker haben in den Eingaben an die Ministerien geltend gemacht, daß, wie der Bezug jeder Ware aus dem feindlichen Ausland, auch der pharmazeutischer Präparate den Feind wirtschaftlich kräftigt, das eigene Land jedoch schwächt. Die diesbezügliche Aktion der Apotheker dürfte von Erfolg begleitet sein.“